

Bundesamt für Sozialversicherungen  
Geschäftsfeld AHV, Berufliche Vorsorge und EL  
Effingerstrasse 20  
3003 Bern

31. März 2014

## **Reform der Altersvorsorge 2020**

### **Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zur eingangs erwähnten Vorlage. Die EVP bedankt sich für die sorgfältige Arbeit, begrüsst die vorliegende Gesamtschau und nimmt das mutige und weitsichtige Vorgehen erfreut zur Kenntnis. Sie unterstützt die Stossrichtung der vorgeschlagenen Reform. Der Erneuerungsbedarf ist unbestritten und eine Diskussion über die Zukunft der Altersvorsorge dringend notwendig.

#### **1. Die wichtigsten Forderungen der EVP**

- Statt der Erhöhung der Mehrwertsteuer fordert die EVP die Einführung einer eidgenössischen Erbschafts- und Schenkungssteuer analog zu ihrer Initiative „Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuerreform)“. Diese hätte volkswirtschaftlich viel die kleineren Auswirkungen, wäre sozial verträglicher und insgesamt die bessere Alternative.
- Die EVP unterstützt die Flexibilisierung des Altersrücktritts, verbunden mit einer sozialen Abfederung für die kleinen Einkommen mit langer Beitragsdauer.
- Als ausserordentlich wichtig erachtet die EVP die anteilmässige Berücksichtigung des Koordinationsabzuges bei Teilzeitstellen. Diese dürfen im BVG nicht länger benachteiligt werden.
- Die Übergangslösung für jene Generationen, die von den höheren Altersgutschriften nicht mehr genügend profitieren können, erachtet die EVP mit 25 Jahren als zu lange. Sie beantragt die entsprechenden Regelungen auf die über 50-jährigen zu beschränken.
- Bei der Gewinnaufteilung zwischen Lebensversicherern und Versicherten beantragt die EVP, die noch immer umstrittene Bestimmung von Gewinn und Überschuss endlich unmissverständlich zu regeln.
- Eine andere Lösung muss bei den Witwenrenten gefunden werden. Es kann nicht sein, dass der Entscheid Witwenrente ja oder nein einzig und allein davon abhängt, ob eine Frau im Zeitpunkt der

Verwitung noch Betreuungspflichten für ein Kind wahrzunehmen hat oder nicht. Die EVP hat einen Vorschlag für ein abgestuftes Modell.

## **2. Allgemeine Bemerkungen**

### **Altersvorsorge langfristig und sicher finanzieren**

Die EVP anerkennt den Handlungsbedarf in der Altersvorsorge. Dieser ist angesichts der demographischen Entwicklung, den veränderten Renditeerwartungen in der 2. Säule, aber auch von gesellschaftlichen Veränderungen unbestritten. Um die Altersvorsorge langfristig zu sichern, müssen die notwendigen Massnahmen heute eingeleitet und koordiniert werden. Entsprechend trägt die EVP die Kernelemente des bundesrätlichen Vorschlags mit.

### **Festhalten am 3-Säulen-System**

Die EVP will am bewährten 3-Säulen-System festhalten. Es gilt, die Vorzüge der einzelnen Säulen zu erhalten, deren Schwächen wo möglich zu korrigieren und die Gewichte zwischen den Säulen nur wo begründet zu verschieben.

### **Generationengerechtigkeit beachten**

Die AHV fusst ganz wesentlich auf der Solidarität zwischen den Generationen. Die EVP beobachtet mit einer gewissen Besorgnis, dass für die älteren Generationen oft Besitzstandswahrung gilt, während sich die jüngeren Generationen an den Sanierungsmassnahmen beteiligen bei gleichzeitig deutlich weniger gesicherten Leistungen für sich selber. Dieser Problematik ist soweit wie möglich Rechnung zu tragen und Gerechtigkeit zwischen den Generationen herzustellen.

### **Gesamtpaket erhöht die Erfolgsaussichten**

Die EVP begrüsst die parallele Reform von 1. und 2. Säule. Das koordinierte Vorgehen ermöglicht die Klärung von Schnittstellen und erhöht die Erfolgsaussichten. Allenfalls können nicht kritische Punkte in ein zweites Reformpaket verschoben werden, um die aktuelle Vorlage aus taktischen Gründen nicht zu überladen. Angesichts der demographischen und finanziellen Herausforderungen darf diese Reform nicht scheitern. Die EVP erwartet von allen Akteuren, dass sie lösungsorientiert und kompromissbereit mithelfen, die Weichen für eine sichere Altersvorsorge zu stellen.

## **3. Zu den vorgeschlagenen Massnahmen**

### **3.1. Bestimmungen zum Rentenbezug (AHV und BVG)**

#### **Referenzalter 65 für Mann und Frau**

Die EVP unterstützt den Übergang zu einem Referenzalter von 65 Jahren für Mann und Frau für den Beginn des Rentenbezugs in beiden Säulen. Das Ziel muss sein, dass möglichst viele Versicherte auch tatsächlich bis zu diesem Referenzalter erwerbstätig bleiben (können).

#### **Höheres Referenzalter?**

Die EVP verschliesst sich der Diskussion über eine Erhöhung des Referenzalters nicht. Von der Systematik her wäre es richtig: Mit der erfreulicherweise steigenden Lebenserwartung verlängert sich auch das Erwerbsleben. Die EVP teilt jedoch die Analyse des Bundesrates, dass eine Erhöhung des Referenzalters über

65 in der gegenwärtigen Arbeitsmarktsituation nicht angezeigt ist. Zuerst müsste die Wirtschaft die Bereitschaft zeigen, ältere Arbeitnehmende überhaupt zu beschäftigen und eine entsprechende Kultur entwickeln. Längerfristig kann sich die EVP jedoch einen Mechanismus vorstellen, wonach sich das Referenzalter dynamisch an der Entwicklung der Lebenserwartung orientiert.

#### **Flexibilisierung des Rentenbezugs**

Die EVP unterstützt die Flexibilisierung des Altersrücktritts, der neu zwischen 62 und 70 möglich sein soll bei einer entsprechenden versicherungstechnischen Kürzung bzw. einem Zuschlag zur Rente. Auch die Einführung der Teilpensionierung ist eine deutliche Verbesserung und entspricht einem gesellschaftlichen Bedürfnis.

#### **Soziale Abfederung der Frühpensionierung für Personen mit tiefem bis mittlerem Einkommen**

Eine soziale Abfederung des Rentenvorbezugs ist für die EVP zwingend. Sie unterstützt den Vorschlag des Bundesrates, die Rente von Personen mit tiefen bis mittleren Einkommen und langer Beitragsdauer beim Vorbezug weniger stark oder gar nicht zu kürzen. Die Massnahme ist zielgerichtet und wirkt bei jenen Personenkreisen, die sie wirklich nötig haben.

#### **Verlust der Pensionskasse verhindern**

Bezüglich vorgezogene Altersrücktritte ist zu wenig berücksichtigt, dass sie oft nicht aus freien Stücken erfolgen, sondern weil ältere Arbeitnehmende nach einer Entlassung keine Stelle mehr finden. Die Betroffenen erhalten ihr Altersguthaben in Form einer Freizügigkeitsleistung. Wollen sie daraus eine Rente finanzieren, müssen sie dies auf privater Basis mit einer Versicherungsgesellschaft tun: zu deutlich schlechteren Konditionen als es beim Rentenbezug bei einer Pensionskasse der Fall wäre. Die EVP lädt den Bundesrat deshalb ein, nach Möglichkeiten zu suchen, wie beim Verlust der Arbeitsstelle nahe beim Referenzalter der Ausschluss aus der Pensionskasse verhindert werden kann.

### **3.2. Anpassungen des Mindestumwandlungssatzes und Sicherung des Rentenniveaus (BVG)**

#### **Senkung des Mindestumwandlungssatzes**

Angesichts des wuchtigen Neins der Stimmberechtigten zur Senkung des Umwandlungssatzes von 6.8 auf 6.4% im März 2010 ist der Vorschlag einer Senkung des Umwandlungssatzes auf 6.0% wohl der gewagteste Teil der Vorlage. Die EVP ist jedoch überzeugt, dass eine Anpassung des Umwandlungssatzes an die höhere Lebenserwartung und die veränderten Renditeerwartungen notwendig ist. Die Umwandlungssätze im überobligatorischen Teil der beruflichen Vorsorge bewegen sich schon heute zum Teil deutlich unter 6 Prozent. Die EVP trägt die Anpassung jedoch nur mit, wenn gleichzeitig die institutionellen Massnahmen im BVG wie vorgeschlagen eingeführt werden. Der Erfolg der damaligen „Rentenklausur“-Debatte hatte ganz wesentlich mit der fehlenden Transparenz in der beruflichen Vorsorge, insbesondere bei den Lebensversicherern, zu tun.

#### **Bessere BVG-Leistungen für Teilzeit- und Mehrfachbeschäftigte**

Als ausserordentlich wichtig erachtet die EVP den Vorschlag des Bundesrates zur Verbesserung der Altersvorsorge von Teilzeit- und Mehrfachbeschäftigten: Die EVP unterstützt die anteilmässige Anrechnung des Koordinationsabzuges und die Herabsetzung der Eintrittsschwelle. Dies erhöht die Sparbeiträge und stellt sicher, dass auch Teilzeitarbeitende und Arbeitnehmende mit tiefen Einkommen in die 2. Säule einzahlen können.

Was geschieht mit Personen mit mehreren Teilzeitarbeitsstellen, deren Löhne jeweils unter der Eintrittsschwelle, in der Gesamtsumme aber darüber liegen? Wenn für diese Fälle eine einfache Lösung gefunden werden kann, wäre dies zu begrüssen und sozialpolitisch wichtig.

### **Anpassung der Altersgutschriften**

Die EVP begrüsst die Anpassung der Altersgutschriften, sodass die Mehrkosten für über 55-jährige Arbeitnehmende und die damit verbundenen Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt wegfallen. Die neue „Beitragskurve“ ist ein Schritt in die richtige Richtung. Generell sollten sich die Altersgutschriften zwischen den verschiedenen Altersgruppen weiter angleichen. Zu prüfen ist auch, ob mit dem Sparprozess früher begonnen werden muss.

### **Massnahmen für die Übergangsgeneration**

Der EVP leuchtet ein, dass für die Generationen im Übergang eine Kompensation gefunden werden muss. Ansonsten hätten jene, denen die Zeit nicht mehr reicht, um lange genug mit den höheren Altersgutschriften mehr Kapital anzusparen eine unverhältnismässige Rentenkürzung zu gewärtigen. Die EVP ist jedoch der Ansicht, dass die Übergangslösung einen wesentlich kürzeren Zeithorizont als die vom Bundesrat vorgeschlagenen 25 Jahre haben muss. Auch darf es keine zeitlichen Überlagerungen mit künftigen Reformen geben. Stattdessen könnte sich die Übergangslösung z.B. auf die über 50-jährigen beschränken.

### **Einschränkung von Vorbezug und Kapitalbezug**

Zusätzlich zu den vorgeschlagenen Massnahmen erachtet es die EVP als notwendig, den Vorbezug von Kapital aus der 2. Säule – sei es für Wohneigentum oder für andere Zwecke – in irgendeiner Form einzuschränken. Denkbar ist beispielsweise, dass maximal 50% des Endaltersguthabens vorbezogen werden dürfen.

Auch bei Erreichen des Rentenalters muss sichergestellt werden, dass zumindest ein Teil des Pensionskassenguthabens in Form einer Rente ausbezahlt wird.

### **3.3. Institutionelle Massnahmen in der beruflichen Vorsorge (BVG)**

Die vorgeschlagenen Massnahmen für eine Verbesserung von Transparenz und Aufsicht in der beruflichen Vorsorge sind für die EVP eine zwingende Voraussetzung, um der Senkung des Umwandlungssatzes zustimmen zu können. Entsprechend unterstützt die EVP die Vorschriften für eine transparente Rechnungslegung und den transparenten Ausweis der effektiven Verwaltungskosten.

Man muss aber auch festhalten, dass das BVG enorm kompliziert geworden ist. Die Verwaltung der 2. Säule wird immer komplexer und administrativ aufwändiger – gleichzeitig besteht die Forderung, dass die Verwaltungskosten sinken müssen. Das geht nicht auf.

Bei der Gewinnaufteilung zwischen Lebensversicherern und Versicherten steht für die EVP weniger ein bestimmter Prozentsatz im Vordergrund, sondern die noch immer umstrittene Bestimmung von Gewinn und Überschuss (brutto, netto, vor oder nach Reserveverstärkung usw.) muss endlich unmissverständlich geregelt werden.

### **3.4. Leistungs- und beitragsseitige Massnahmen (AHV und BVG)**

#### **Anpassungen bei den Witwen- und Waisenrenten**

Die EVP ist mit den Änderungen bei den Witwen- und Waisenrenten mehrheitlich einverstanden: Die Witwenrente für Paare ohne Kinder soll abgeschafft, die Witwenrente von 80% auf 60% gesenkt und im Gegenzug die Waisenrenten von 40% auf 50% erhöht werden. Allerdings sind dazu grosszügige Übergangsregelungen nötig.

*Skeptisch ist die EVP bezüglich des Vorschlags, die Witwenrenten für Frauen mit Kindern, die aber keine Betreuungs- oder Erziehungspflichten mehr haben, abzuschaffen. Frauen, die zugunsten der Familienarbeit auf eine Erwerbstätigkeit verzichtet haben, können beim Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt erhebliche Schwierigkeiten haben. Solange sich dies nicht ändert und beispielsweise Familienmanagement, Erziehungs- und Betreuungskompetenzen beim beruflichen Wiedereinstieg vermehrt qualifizierend berücksichtigt werden, ist die Streichung der Witwenrenten für diese Personengruppe zumindest heikel.*

*Auch ist störend, dass für den Entscheid Witwenrente ja oder nein einzig und allein ausschlaggebend sein soll, ob die Frau im Zeitpunkt der Verwitwung Betreuungspflichten für ein Kind wahrzunehmen hat oder nicht. Diese scharfe Grenze kann im Einzelfall extrem ungerecht sein. Denkbar wären abgestufte Modelle, wonach z.B. eine Frau bei Verwitwung in den ersten 5 Jahren nach Volljährigkeit ihres jüngsten Kindes während der verbleibenden Zeitdauer in dieser 5-Jahres-Spanne eine ganze Witwenrente erhält und dann während weiterer 5 Jahre noch eine halbe. Tritt die Verwitwung aber beispielsweise erst 7 Jahre nach Volljährigkeit des jüngsten Kindes ein, hätte die Witwe für die verbleibenden drei Jahre bis zur Zehnjahresgrenze Anspruch auf eine halbe Witwenrente. Eine ähnliche Regelung hätte auch für Witwer zu gelten.*

### **3.5. Massnahmen zur Finanzierung der AHV**

#### **Erhöhung der Mehrwertsteuer**

*Die EVP ist nicht bereit, die Mehrwertsteuer ohne Not zu erhöhen. Stattdessen fordert sie die Einführung einer eidgenössischen Erbschafts- und Schenkungssteuer analog zu ihrer Initiative „Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuerreform)“. Dies wäre die weit sinnvollere Alternative. Eine Erbschaftssteuer hätte volkswirtschaftlich viel kleinere Auswirkungen, wäre sozialverträglich und brächte zusätzliche Einnahmen in der Grössenordnung von einem Mehrwertsteuerprozent.*

*Die EVP hat ihren zahlreichen Kritikern in Sachen Erbschaftssteuerreform immer entgegen gehalten, dass eine (neue) Erbschaftssteuer vielleicht nicht gerade erfreulich, die Alternativen jedoch viel schlechter wären: Erhöhung der Lohnprozente, Senkung der Renten oder eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Die nun prompt erfolgenden Vorschläge des Bundesrates sind Wasser auf die Mühlen der EVP und ihrer Forderung nach einer moderaten und gerechten Erbschaftssteuer.*

*Erst nach Einführung einer Erbschaftssteuer und wenn deren Einnahmen sowie die Zuwanderung nicht ausreichen, um die demografische Entwicklung auszugleichen, ist die EVP bereit, Hand zu bieten für eine moderate Erhöhung der Mehrwertsteuer. Allerdings will die EVP die Erhöhung auf maximal 1% begrenzen. Erstens ist die Mehrwertsteuer eine unsoziale Konsumsteuer, die nur sehr bescheiden progressive Elemente enthält. Zweitens sollte die Mehrwertsteuer aus psychologischen Gründen und zwecks Erhalt der Steuerehrlichkeit die Grenze von 10% nicht übersteigen. Für die EVP steht jedoch fest, dass eine Erhöhung der Mehrwertsteuer höheren Lohnprozente noch immer vorzuziehen ist.*

#### **Interventionsmechanismus (Fiskalregel)**

*Die EVP unterstützt die Vorschläge des Bundesrates für eine zweistufige Schuldenbremse in der AHV. Entscheidend ist, dass die automatisch vorgesehenen Massnahmen die Opfersymmetrie wahren. Diese Voraussetzung ist mit dem Vorschlag des Bundesrates erfüllt.*

#### **Neuordnung des Bundesbeitrages an die AHV**

*Die EVP ist einverstanden mit dem Vorschlag des Bundesrates, künftig nur noch die Hälfte des Bundesbeitrages an die AHV-Ausgaben zu koppeln. An welche Grösse die andere Hälfte gekoppelt wird, hängt davon ab, welche Finanzierungsquellen schliesslich gewählt werden. Für die EVP sind das Mehrwertsteuer und Erbschaftssteuer (vgl. obenstehende Ausführungen).*

*Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und für Ihre wertvolle Arbeit.*

*Freundliche Grüsse*

**EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)**

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Heiner Studer'.

Parteipräsident  
Heiner Studer

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Joel Blunier'.

Generalsekretär  
Joel Blunier